

Antrag

der Abgeordneten Norbert Hauser (Bonn), Norbert Röttgen, Ilse Aigner, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Dr.-Ing. Rainer Jork, Werner Lensing, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Thomas Rachel, Hans-Peter Repnik, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Angelika Volquartz, Heinz Wiese (Ehingen) und der Fraktion der CDU/CSU

Sicherung der außeruniversitären interdisziplinären Grundlagenforschung in der Informations- und Kommunikationstechnik

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 29. September 1999 hat die Bundesregierung die beabsichtigte Fusion der GMD – Forschungszentrum Informationstechnik GmbH (GMD) mit der Fraunhofer-Gesellschaft e. V. (FhG) bekannt gegeben. Seitdem gab es zwischen den Beteiligten intensive Verhandlungen, die bisher nicht zu einem positiven Abschluss gebracht werden konnten. Ungeklärt ist insbesondere, ob die interdisziplinäre Grundlagenforschung, die einen Schwerpunkt der Arbeit bei der GMD bildet, weiter verfolgt wird.

Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, dass eine Fusion der GMD und der FhG nur dann vollzogen wird, wenn auch in der zukünftigen Organisation mit Willen und Unterstützung aller Beteiligten die interdisziplinäre Grundlagenforschung gesichert ist.

Die interdisziplinäre Grundlagenforschung ist für die Informations- und Kommunikationstechnologie von fundamentaler Bedeutung. Sie bietet die Grundlage für die anwendungsbezogene Forschung nachfolgender Jahre, nicht nur im unmittelbaren Informations- und Kommunikationstechnikbereich, sondern auch auf zahlreichen anderen Feldern. Obwohl die Grundlagenforschung für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland von unschätzbarem Wert ist, wird sie in Deutschland außerhalb von Universitäten im Wesentlichen nur in sehr wenigen forschenden Einrichtungen betrieben: in der GMD mit den Standorten Sankt Augustin, Darmstadt und Berlin, im Deutschen Forschungsinstitut für künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern und Saarbrücken und im Max-Planck-Institut für Informatik in Saarbrücken.

Obwohl die Bedeutung der Grundlagenforschung in Deutschland unumstritten ist, droht jetzt aufgrund der Fusionsverhandlungen zwischen der Bundesregierung, der GMD und der FhG die Gefahr, dass eine Einrichtung mit Grundlagen-

forschung verloren geht. Angesichts der Konkurrenz zu anderen Staaten und damit anderen Märkten wäre dies ein großer Rückschritt.

Die Folgen der Fusionsverhandlungen sind noch weitreichender. Qualifizierte Wissenschaftler, die zurzeit (noch) bei der GMD beschäftigt sind, befürchten, ihr Forschungsvorhaben drohe der geplanten Fusion zum Opfer zu fallen und sehen sich bereits nach Alternativen um – vornehmlich in den USA. Während die Bundesregierung versucht, im Ausland qualifizierte IT-Mitarbeiter anzuwerben, schafft sie gleichzeitig die Voraussetzung dafür, dass deutsche Spitzenkräfte ins Ausland abwandern.

Die Fusion von GMD und FhG könnte für die Forschung im Informations- und Kommunikationstechnikbereich positive Wirkungen erzielen. Voraussetzung dafür ist, dass beide Partner gleichberechtigt ihre Forschungsziele und -schwerpunkte einbringen, um positive Synergieeffekte zu erzielen und zu nutzen. Daher müssen die kommenden Monate dazu genutzt werden, die Stärken beider Einrichtungen zu definieren und anschließend zusammenzuführen, um so eine herausragende Einrichtung für die Informations- und Kommunikationstechnologie zu schaffen, die Grundlagen-, Vorlauf- und anwendungsorientierte Forschung miteinander verbindet. Tabus hinsichtlich der eigenen Einrichtung dürfen nicht aufgebaut werden. Darüber hinaus müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen in den Fusionsprozess eingebunden werden. Über ihr zukünftiges Betätigungsfeld erfuhren die Beschäftigten in der FhG und GMD zunächst aus den Medien, was zu Unsicherheit und Ablehnung der Fusion mit den bereits beschriebenen Folgen führt. Die Fusion kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiter von ihr überzeugt sind. Zurzeit lehnen sie sie jedoch zu Recht ab.

Besonders die USA sind bei der Beurteilung und Förderung der Grundlagenforschung weiter. Der PITAC-Report (President's Information Technology Advisory Committee) aus dem Jahr 1999 macht deutlich, dass die Informationstechnologie einer der Schlüsselfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung des 21. Jahrhunderts ist. Um für diesen Bereich zu einer lang angelegten Strategie zu gelangen, ist es nach dem PITAC-Report unerlässlich, die Forschungsförderung auszudehnen und zeitintensive Forschungen zu Grundsatzfragen in den Bereichen Computerwesen, Information und Kommunikation zu fördern. Für 2001 ist in diesem Bereich eine Erhöhung der Ausgaben um 36 % vorgesehen.

Statt – wie in den USA – die Förderung der Grundlagenforschung in den Informations- und Kommunikationstechnologien in Deutschland voranzutreiben, droht jetzt einer der beiden außeruniversitären Einrichtungen für die Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologie das Aus. Deshalb wäre es die vordringliche Aufgabe der Bundesregierung, rasch ein solides Konzept für die Förderung der außeruniversitären Grundlagenforschung in diesem Bereich zu entwickeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. Sorge dafür zu tragen, dass die interdisziplinäre Grundlagenforschung auch wesentliches und umfassend gefördertes Forschungsziel bei einer möglichen Fusion von GMD und FhG wird, um so die Stellung Deutschlands auf dem internationalen Informations- und Kommunikationstechnologiemarkt zu sichern. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beider Einrichtungen sind frühzeitig über die weiteren Schritte der Fusion zu informieren und in den Fusionsprozess einzubinden;
2. als letzte Konsequenz auf eine Fusion von GMD und FhG zu verzichten, wenn eine der beteiligten Forschungseinrichtungen die Fortsetzung der Grundlagenforschung ablehnt, da dann keine Fusion besser ist als eine

schlechte. Der Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in der Gesellschafterversammlung der GMD wird in einem solchen Fall angehalten, die Fusion abzulehnen;

3. noch in diesem Jahr ein Konzept vorzulegen, das die Förderung der außeruniversitären interdisziplinären Grundlagenforschung in der Informations- und Kommunikationstechnologie in der Bundesrepublik Deutschland für die kommenden Jahre sichert. Ziel muss es sein, den Anteil der außeruniversitären Grundlagenforschung in Deutschland auszubauen, um so dauerhaft auf dem internationalen Informations- und Kommunikationstechnologiemarkt konkurrenzfähig zu bleiben.

Berlin, den 4. April 2000

Norbert Hauser (Bonn)

Norbert Röttgen

Ilse Aigner

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)

Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)

Dr.-Ing. Rainer Jork

Werner Lensing

Erich Maaß (Wilhelmshaven)

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)

Thomas Rachel

Hans-Peter Repnik

Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)

Dr. Erika Schuchardt

Bärbel Sothmann

Angelika Volquartz

Heinz Wiese (Ehingen)

Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion

